

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4596**

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Reichsratsauschuß stützt die Reaktion gegen die Reichsregierung.

Aufhebung der ersten 6 Zeitungsverbote.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern nachmittag tagte unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Gradnauer der Ausschuss des Reichsrats, der über die Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu entscheiden hatte. Es wurde insbesondere die Rechtsfrage behandelt, ob der Verordnung des Reichspräsidenten die rückwirkende Kraft innewohnt. Von Seiten der Beschwerdeführer wurde darauf hingewiesen, daß sowohl § 2 des Strafgesetzbuchs als auch Artikel 116 der Reichsverfassung einer Auslegung widersprechen, die der Verordnung rückwirkende Kraft verleihen. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums erklärte, es handle sich nicht um eine Strafmaßnahme, sondern um eine vorübergehende Verwaltungsmaßnahme. Für den Erlaß einer Verwaltungsmaßnahme sei es ausreichend, wenn auf Grund der früheren Haltung eines Mannes zur Zeit noch eine Gefahr bestehe oder für die Zukunft zu befürchten sei. Es sei auch zulässig, zum Beweise für eine bestehende Gefahr auf frühere Ereignisse zurückzugreifen. Artikel 116 komme deshalb hier nicht zur Anwendung. Der Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten lege nicht den Ton auf einzelne Artikel oder einzelne Nummern, sondern auf den Gesamthalt der Druckschrift, auf das Bild, das die Druckschrift nach ihrem Gesamtcharakter gebe. Diese Auslegung werde gestützt durch § 4 der Verordnung, nach welchem Zeitungen usw. verboten werden könnten, wenn eine Beforgnis von Gefahren für den Staat bestehe. Nach längerem Beratungen des Ausschusses gab Reichsminister Dr. Gradnauer folgende Entscheidung des Ausschusses bekannt: „Der Ausschuss hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon Artikel 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt. Es kann auch ganz dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich hätte eine rückwirkende Kraft beilegen können. Jedenfalls ist der Ausschuss der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen können wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften, erschienen vor dem Erlaß der Verordnung. Das Verbot der betreffenden Zeitungen wird darum aufgehoben.“ Es handelt sich um die Deutsche Zeitung, das Deutsche Leseblatt, das Deutsche Abendblatt, die Süddeutsche Zeitung, die Schönburger Warte und den Heimatboten in Gera.

Der Vorwärts sagt dazu, die Reaktion habe einen Sieg gegen die Verordnung der Reichsregierung erfochten. Im Reichsrat seien die gegenwärtigen reaktionären Regierungen von Preußen und Bayern tonangebend. Freilich sei die Entscheidung des Reichsrats nur für bestimmte Fälle der Gegenwart von Bedeutung. Aber nach diesem ersten Vorgehen müsse man befürchten, daß der Reichsrat auch noch weitere Schritte in die Verordnung hineinziehen werde. Unter dem alten Erschem, sagt das Blatt hinzu, habe die juristische Auslegung die Regierung unterstützt, heute bedeute juristische Auslegung, daß alle der Reaktion nicht passende Regierungsvorordnungen für gegenstandslos erklärt würden.

Die Lage in Kahr-Bayern.

München, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unter dem Eindruck der geplanten äußerst ersten Maßnahmen der bayrischen und insbesondere der nordbayrischen Arbeiterschaft wird in der ganzen Kahrpresse zum Nützlich geblieben. Nur die äußerste Rechte kann sich beruhigen und heißt weiter. Der in Nürnberg erscheinende Fränkische Kurier drängt die Regierung zum Nachgeben, selbst auf die Gefahr hin, daß daraus Konsequenzen für den Ministerpräsidenten erwachsen. Man merkt hier deutlich die Stimme der nordbayrischen Industrie, die keine wirtschaftlichen Vorteile von der bayrischen Rebellion gegen das Reich erhofft. Die deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung schreibt unter der Überschrift: „Es ist Zeit zum Handeln!“, man habe den Eindruck, daß die Reichsregierung alle Mittel angewendet habe, um die bayrischen Interessen zu torpedieren. Es sei jetzt keine Zeit mehr zum Verhandeln, sondern es müsse gehandelt werden. In einer anderen Stelle in einer Zuschrift aus Nordbayern heißt es, daß der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Dr. Hilpert recht habe, wenn er aufkommen suchen. Wir sehen in dem gegenwärtigen Berlin einen Schandstiel Deutschlands, aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es sich allmählich seiner früheren Stellung wieder erinnert. Jetzt heißt es, Bayern voran, ihm laßt uns folgen! Selbst den Münchner Neuesten Nachrichten wird es bei dieser deutschnationalen Hege unbeschäftigt und sie erheben die Forderung, auf eine rasche Lösung des Konfliktes mit dem Reich hinzuwirken. Es seien schon Kräfte am Werke, um die Regierung Kahr scharfzumachen, daß sie jede friedliche Lösung des Konfliktes ablehnen sollte. Das sei ein gefährliches Beginnen. Das Blatt beklagt sich dann noch über die Tonart des Münchner deutschnationalen Organs (München-Augsburger Abendzeitung), die zu ernstlichen Bedenken Anlaß gäbe.

Die sozialistischen Fraktionen des bayrischen Landtages hatten gestern Beratungen, die Koalitionsparteien treten heute vormittag zusammen, heute nachmittag soll der ständige Ausschuss des bayrischen Landtages tagen, in dem die Regierung Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit Berlin zu machen beabsichtigt.

Der bayrische Ministerrat.

München, 9. September. Wie die Blätter berichten, hat im heutigen Ministerrat, der um 5 Uhr begann, ein Mitglied der nach Berlin entsandten Kommission über die dortigen Verhandlungen Bericht erstattet, worauf der Ministerpräsident selbst das Wort ergriff, um seinen Standpunkt darzulegen. Die Verhandlungen wurden um 8 Uhr unterbrochen und um 9 Uhr wieder aufgenommen.

München, 10. September. Verschiedene Anzeichen legen die Vermutung nahe, daß der Ministerrat mit schweren Entschlüssen ringt. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der heutige Tag die Koalitionsparteien vor die Möglichkeit einer Kabinettstrennung stellen wird. Es darf aber betont werden, daß in den Kreisen der Koalitionsparteien der ernste Wille besteht und nichts veräußert werden wird, den Konflikt doch noch zu einer für Reich und Bayern günstigen Lösung zu führen.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus München hat Ministerpräsident Kahr am Freitag im Ministerrat mit seinem Rücktritt gedroht, wenn der bayrische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Die deutschnationalen Presse lobt. Die München-Augsburger Abendzeitung schreibt:

Wir stehen in Bayern am Vorabend des 7. November (am 7. November 1918 wurde in München die Republik proklamiert, v. d. L. V.), wenn die bayrische Regierung nicht fest bleibt. Die Verhandlungen in Berlin sollen zu einer Einigungsformel geführt haben. Es kann in dieser Frage eine Einigungsformel nicht geben. Entweder bleibt die Ordnung aufrechterhalten oder sie fällt.

Die bürgerliche Presse Südbayerns prophezeit, daß die Los-trennungsbemühungen der Sozialdemokraten Nordbayerns auf den unüberwindlichen Widerstand der Landbevölkerung stoßen würden. Der Nürnberger Fränkische Kurier ruft alle nicht-sozialistischen Elemente zum Widerstand gegen eine gewalttätige Abtrennung auf.

Kein Pulsch in Nordbayern.

Berlin, 10. September. Ein Münchner Telegramm des Vorwärts betont, sichere Informationen nach München die bayrischen Sozialdemokraten und die in enger Fühlung mit ihr stehenden Unabhängigen keineswegs an eine gewalttätige Aktion in ihrem Kampf gegen die Regierung Kahr. Die bayrische Arbeiterschaft behält sich nach wie vor den Generalstreik und unter Umständen den Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zur Abtrennung Nordbayerns von einem unbeschriebenen Kahr-Bayern vor. Die bayrische Sozialdemokratie wird niemals die Hand zu einem putschähnlichen Vorgehen in Nord- und Südbayern, wie die Aufrufung einer neuen Republik Nordbayerns gegen den Willen der Volksmehrheit bieten.

Eine zeitgemäße Anfrage.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten Weis und Müller-Franken haben im Reichstag eine Anfrage wegen der sich mehrenden Fälle eingebracht, daß Beamte der Republik den Treueid verweigern. Die gegen sie ergriffenen Maßnahmen seien wirkungslos geblieben, so sei kürzlich ein Beamter, der wegen einer solchen Eidesverweigerung vor der Strafkammer in Hamburg zur Aburteilung stand, freigesprochen worden. Ferner habe ein badisches Landgericht dahin erkannt, daß die Dienstentlassung eines den Treueid verweigern den Beamten ohne gesetzlichen Grund und deshalb unzulässig sei. Weiter fragen die Abgeordneten, ob die Regierung bereit sei, erstens anzuordnen, daß die „Hohheit“ des früheren Regimes innerhalb einer kurz bemessenden Frist aus den Dienststellen und von den Gebäuden der Reichsverwaltungen restlos entfernt werden. Zweitens anzuordnen, daß sämtliche Bilder und Wäfen von Mitgliedern ehemals regierender Kreise aus allen Amtsräumen der Reichsbehörden sofort zu beseitigen sind, wobei künstlerisch wertvolle Stücke einem Museum übergeben werden könnten. Drittens, die Anbringung und Aufstellung von in Privatbesitz befindlichen, unter zwei genannten Wäfen und Bildern in den Amtsräumen der Reichsbehörden zu verbieten. Viertens die Nichtbeachtung dieser Befehle unter empfindliche Strafen zu stellen. Fünftens auf die Landesregierungen einzuwirken, um diese zu gleichem Vorgehen zu veranlassen.

Es handelt sich um Neuklerikalen und anderes ist gewiß wichtiger. Aber die Gegenrevolution im Beamtentum wird durch einen solchen Schritt doch etwas eingeschüchtert werden. Daß die Regierungen Preußens und gar Kahr-Bayerns für solche Maßnahmen zu haben seien, ist freilich stark zu bezweifeln.

Amerikanische Kredite für Deutschland?

London, 9. September. (U.) Evening Standard meldet, daß ein neuer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Vereinigten Staaten entworfen wurde. Mister Malcolm Sumner, ein sehr bekannter amerikanischer Bankier, sei am Donnerstag in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen über diese Frage abgeschlossen habe.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Am morgigen Tage werden die Wähler Thüringens zur Wahlurne gerufen, um über die künftige Zusammensetzung des Landtags zu entscheiden. Thüringen ist das einzige Gebiet der deutschen Republik, in dem der Mehrheits der Revolution die Grenzspähle der Kleinstaaterei hinwegfegte, die selbst dem Druck Napoleons standgehalten hatten, als er zu Beginn des vorigen Jahrhunderts das große deutsche Kleinemachen begann. Auch der Einzelstaat Thüringen ist nichts Volkommeneres. Immerhin sind die schlimmsten Uebel des Partikularismus beseitigt worden, aber der Abbau der Greiz — Schleiz — Lobenstein und all der andern kleinstaatlichen Idylle ist noch nicht endgültig erledigt. Noch immer gehen die Verwaltungsgrenzen mitten durch zahlreiche Orte. Rechts der Straße ist gothisches Gebiet, links Weimar oder Meiningen. Es versteht sich von selbst, daß in all den begünstigten Orten zwei Verwaltungsstäbe dominieren mit ihrem Bürgermeister an der Spitze, der wachsam dafür sorgt, daß die Kirche in seiner Hälfte des Dorfes bleibt. Gegen den jähen Willen der zahllosen partikularistischen Elemente war der alte Landtag im Begriff, neue Verwaltungsgebiete zu schaffen, die sich auf dem Zusammenhang der Wirtschaftsgebiete errichten sollten. Die gesamte Reaktion stemmte sich dieser Umwälzung hartnäckig entgegen. Sie war der eigentliche Träger der Kleinstaaterei. Da es den Arbeiterparteien nicht möglich war, den Schutt vergangener Jahrhunderte mit seinen tausend Verordnungen zu beseitigen, blühte der Weizen der besitzenden Klassen innerhalb der engen Schranken ihrer kleinstaatlichen Grenzspähle, um so mehr, als die proletarischen Schichten der Thüringer Staaten bei den Wahlen zum Reichsparlament ein drohendes Memento mori, immer stärkere Majoritäten erzielte. Neben dem ehemals fast völlig roten Sachsen stand das nicht weniger rote Thüringen. Und diese rote Mehrheit in dem neuen Staatsgebilde fürchtete die besitzenden Klassen wie das Feuer. Daher ihr heftiger Widerstand gegen die Beseitigung der Kleinstaaterei, unter dem Jopter der Zwergdespoten vermochten sie ihre Gewinninteressen viel besser zu vertreten. Wie im ganzen Deutschland der Partikularismus in den Besitzinteressen der Agrarier und des Kleinapitals begründet ist, so um so mehr in dem kleinindustriell und agrarisch zusammengesetzten Thüringen. Das Elend der Hausindustrie und des Kleingewerbes hat frühzeitig Hunderttausenden der zwischen den Mahlmsteinen der Bergleute und Industriellen zermillerten die Augen geöffnet. Sie waren die Kampftruppen der alten sozialistischen Hochburgen in Sonneberg, Gotha, Neuf. Sie waren die Träger der Einheitsbestrebungen in Thüringen und damit ist der heftigste Widerstand der Reaktion gegen den Neuaufbau ohne weiteres gegeben.

Die besitzenden Klassen waren es, die den Anschluß Koburgs an Bayern vollzogen. Die Arbeiterschaft stemmte sich dem entgegen. Heute schmachten sie unter der Diktatur der Kahr und Fischer, und es ist nicht verwunderlich, daß anfänglich der Ermordung des Genossen Gareis der Generalstreik der Koburger Arbeiter sofort einzusetzen begann. Anschluß an Bayern oder Preußen, das ist heute der Wahlspruch der gesamten Thüringer Reaktion. Stegerwald oder Kahr, das sind die Höhen ihrer Gedankenwelt, zu deren Füßen sie gemeinsam liegen. Thüringen ist ein republikanischer Fremdkörper, der eingeklemmt zwischen dem Bayern der Orgelsch und deren Verbündeten in Preußen liegt. Daher die Hege der gesamten deutschen Reaktion gegen das junge Staatsgebilde, das unter den Hammerschlägen der Revolution entstand. Im Kampfe gegen die reaktionären Gewalten im Innern des Landes, gegen die Kahr und Ludendorff nach außen, versuchte der leitende Minister v. Brandenstein eine zuverlässige republikanische Polizeitruppe zu schaffen. v. Brandenstein ist kaum als rechtssozialistischer Parteigänger anzusprechen, aber er zeigte einen starken republikanischen Willen. Daher die Hege der vereinigten Reaktion, die sich zunächst gegen den Leiter der republikanischen Staatspolizei, Müller-Brandenburg, wandte, der aber dann v. Brandenstein selbst zum Opfer fiel, als er den degenerierten und unzurechnungsfähigen Kronzeugen der Reaktion Lampi, der sich vor Monaten, unter dem Druck der revolutionären Konjunktur, auch bei der USV. anzusetzen versuchte, während an den Pranger stellte. v. Brandenstein trat zurück und kurze Zeit danach beschloß der Landtag seine Auflösung, nachdem die Reaktion im Bunde mit den Kommunisten die finanziellen Grundlagen des jungen Staates zu unterbinden drohte, infolgedessen diese eigenartige Koalition die Grundsteuervorlage zu Falle brachte. Diese Kämpfe waren ein klassisches Vorbild zu den Steuerauseinandersetzungen, die demnächst im Reichstage beantragt werden. Aber der Kampf um die Grundsteuervorlage im thüringischen Landtag war nicht nur ein Kampf um den Geldbeutel der Agrarier. Mit der Abhebung der Grundsteuervorlage sollten dem jungen Staates die finanziellen Grundlagen überhaupt entzogen werden. Was sich bisher auf direktem Wege nicht ermöglichen ließ, das glaubte man durch diesen Volkstisch